



Statement anlässlich des Pogroms vom 7. Oktober 2023 - Ein Jahr danach.

Von Dr. Gerhard Wegner, Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

Das Pogrom der Terrorgruppe Hamas am 7. Oktober in Israel war der brutalste Angriff auf Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Mit ihm wurde das Existenzrecht des Landes und das Leben von Jüdinnen und Juden weltweit angegriffen. Auch ein Jahr später befinden sich trotz eines massiven militärischen Vorgehens der israelischen Streitkräfte immer noch um die 100 Menschen als Geiseln in den Händen dieser islamistischen Gruppe. Durch ihre Freilassung könnte sie den fürchterlich ausgeweiteten Krieg sofort beenden und augenblicklich für Frieden in Gaza sorgen. Aber dazu ist sie nicht bereit. Im Gegenteil: sie hat offensichtlich das Leid ihrer eigenen Bevölkerung als medienwirksames Druckmittel gegen Israel und zur Aufstachelung des Hasses einkalkuliert. Auf diese Weise versucht die Hamas den Krieg – vermeintlich „moralisch“ - letztlich doch noch zu gewinnen. Ihr gelang es auch weitere Terrorgruppen – wie die Hisbollah – zum Krieg gegen Israel zu gewinnen. Ihr gemeinsames Ziel ist die Auslöschung Israels. Dies kann in keiner Weise toleriert werden! Dem müssen sich alle verantwortlichen Kräfte entgegenstellen!

Die Terrorgruppen scheinen sich mit ihrer Strategie durchzusetzen. War es gleich nach dem 7. Oktober 2023 noch so, dass die Solidarität mit Israel in Deutschland und weltweit weit überwog, so hat sich die Situation seitdem geradezu umgekehrt: Die Täter der Hamas stilisieren sich als Opfer einer angeblich unberechtigten militärischen Intervention Israels. Nicht um legitime Verteidigung auf einen abartigen Angriff hin ginge es dem Land, sondern gar um einen Völkermord an den Bewohnern Gazas, wie man hören kann. Selbst völlig unbeteiligte Bürger können sich darüber maßlos erregen. Die Opfer vom 7. Oktober erscheinen nun gar als Täter. Und diese Strategie der Umkehrung des Töter-Opfer-Verhältnisses hat Erfolg. Aber es ist klar: Solch eine totale Verdrehung der Tatsachen kann nicht toleriert werden!

Natürlich hat das Vorgehen Israels im Gazastreifen und anderswo unsägliches Leid mit sich gebracht. Und natürlich muss die Politik Israels, insbesondere im Westjordanland, kritisiert werden. Es ist nicht zu erkennen, wie diese aggressive Politik letztendlich Frieden voranbringen könnte. Aber Israel das Recht abzuspochen, seine eigene Existenz zu verteidigen, kann unter keinen Umständen infrage kommen! Das Land hat das Recht auf Selbstverteidigung. Die Existenz Israels und das Leben von Jüdinnen und Juden weltweit ist so stark bedroht, wie noch nie seit der Shoa und deswegen muss unsere Solidarität nach wie vor dem Land Israel, seinen Menschen und allen Jüdinnen und Juden gelten!

Seit dem 7. Oktober 2023 ist es zu einem enormen Anstieg von antisemitischen Vorfällen in unserem Land gekommen. Alte antijüdische Vorurteile und Verschwörungserzählungen sind wieder neu erwacht. Vor allem aber ist es der antiisraelische Antisemitismus, der sich rasant verbreitet hat.



Antisraelischer Antisemitismus ist in linken und rechten Milieus, der Mitte unserer Gesellschaft sowie im Islamismus tief verankert. Nicht wenige bringen sogar immer wieder öffentlich ihren Jubel über Angriffe auf Israel zum Ausdruck. Derartige Auftritte müssen konsequent von Polizei und Justiz verfolgt werden!

Dass Israel mit den Nazis verglichen oder ihm eine Apartheid - Politik wie einst in Südafrika unterstellt wird ist dann fast noch das Harmloseste. In postkolonialen Diskussionen im wissenschaftlichen Bereich wird das Land in dieser Richtung als Ausgeburt eines westlichen Rassismus verteufelt, den zu bekämpfen angeblich die Ehrensache eines jeden Menschen guten Willens sei. Aus idealistischen Kämpfern für die Gleichheit aller Menschen und die Gerechtigkeit auf der Welt werden so unter der Hand militante Antisemiten, die den Terror der Hamas faktisch rechtfertigen. Es entsteht so eine zutiefst antisemitisch – antihumanistische Querfront zwischen alten und neuen, rechts und links orientierten Akteuren, die eine gewaltige Gefahr darstellt. Jüdinnen und Juden erscheinen dann als Feinde einer humanen Menschheit und aller entsprechend denkenden Menschen. Es muss alles unternommen werden, dass diese zutiefst perverse Gleichsetzung, die antisemitischen Angriffen Tor und Tür öffnet, immer wieder alles entgegengesetzt wird! Nur ein konsequenter Kampf gegen Antisemitismus kann die Gleichheit aller Menschen, Gerechtigkeit, Recht und Freiheit für alle gewährleisten! Jede Relativierung und auch nur geringste Tolerierung von Juden Hass ist für alle Menschen höchst gefährlich!

In dieser Situation muss man sich entscheiden, und zwar für eine klare Solidarität mit Israel. Das Land ist existentiell bedroht. Und es muss alles getan werden, um das Land und Jüdinnen und Juden in Deutschland zu schützen. Das umfasst konsequentes polizeiliches und klares rechtliches Vorgehen. Zudem braucht es eine gegen Antisemitismus konsequent aufklärende Bildung vom Kindergarten bis in die Universität. Wichtig ist der Aufbau eines Netzwerkes von Antisemitismusbeauftragten in allen großen Institutionen wie insbesondere den Hochschulen. Über all dies hinaus muss das Thema aber auch den Alltag der Menschen auf Straßen und Plätzen und vor allem in den sozialen Netzwerken erreichen. Das Land Niedersachsen wird zu diesem Zweck ab November eine niedrigschwellige Kampagne „Niedersachsen gegen Antisemitismus“ beginnen.

Und nicht zuletzt sollte in unserem Land etwas gelingen, was im Nahen Osten zurzeit unmöglich zu sein scheint und so jeden Weg zum Frieden blockiert: Wege der Vertrauensbildung zwischen den verfeindeten Parteien von Juden und Palästinensern zu bahnen – trotz allem. Längst nicht alle Palästinenser unterstützen den Terror der Hamas und anderer. Und viele Israelis wünschen sich eine andere Haltung ihnen gegenüber. Dafür braucht es den offenen Dialog, in dem sich beide Seiten das Recht auf Existenz, Leben und Würde von vornherein zugestehen. Dafür ist Deutschland ein guter Ort!

4. Oktober 2024